

PROTOKOLL BÜRGERINFORMATION

Körperschaft:	Gemeinde Bad Zwischenahn		
Gremium	Rat der Gemeinde		
Sitzung am:	Dienstag, 11.12.2018		
Sitzungsort:	Gastwirtschaft "Querensteder Mühle", Ohrwege, Querensteder Straße 13		
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr	Sitzungsende:	20:13 Uhr

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Sitzungsteilnehmer:

Ratsvorsitzender

Herr Jochen Finke CDU

die weiteren Mitglieder des Rates

Herr Bürgermeister Dr. Arno Schilling
Herr Edgar Autenrieb DIE LINKE.
Frau Annegret Bohlen SPD
Frau Gunda Bruns ÖDP
Frau Maria Bruns CDU
Herr Dr. Ulf Burmeister CDU
Herr Michael Cordes FDP
Herr Jonny Deeken FDP
Herr Diethard Dehnert Die Zwischenahner
Herr Henning Dierks SPD
Herr Martin Ebert SPD
Frau Katharina Fischer SPD bis TOP 4.4, 18:55 Uhr
Herr Ralf Haake CDU
Herr Dieter Helms CDU bis TOP 4.8, 19:07 Uhr
Herr Jan Hullmann Die Zwischenahner
Frau Manuela Imkeit SPD
Herr Bernd Janßen GRÜNE ab 17:10 Uhr, TOP4.1
Herr Horst Karnau SPD
Herr Arne Keil GRÜNE
Herr Peter Kellermann-Schmidt CDU
Herr Georg Köster GRÜNE
Herr Philipp Linnemann CDU
Frau Beate Logemann SPD
Herr Dr. Frank Martin CDU
Herr Wolfgang Mickelat SPD
Herr Jochen Osmers CDU
Herr Stefan Pfeiffer CDU
Herr Ludger Schlüter GRÜNE
Frau Kirsten Schwengels CDU
Herr Norbert Steinhoff FDP
Herr Klaus Warnken CDU bis TOP 4.14, 19:20 Uhr
Herr Evert-Geert Wassink CDU
Herr Dr. Peter Wengelowski SPD

- 4.4. Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen 13
- VA vom 04.12.2018 (Protokoll Nr. 108), TOP 7.5 -
Vorlage: BV/2018/226/1
Vorlage: BV/2018/226
- 4.5. Erhöhung der Aufwandsentschädigungen für Funktionsträger der Feuerwehren; Änderung der Satzung über die Entschädigung für Ehrenbeamte/-beamtinnen und sonstige ehrenamtlich tätige Funktionsträger/-innen der Freiwilligen Feuerwehren der Gemeinde Bad Zwischenahn 14
- AFeuer vom 25.10.2018 (Protokoll Nr. 99), TOP 5 -
- VA vom 13.11.2018 (Protokoll Nr. 105), TOP 7.3 -
Vorlage: BV/2018/162
- 4.6. Errichtung einer Kinderkrippe beim Waldkindergarten Sternenmoos hier: Investitionszuschuss 15
- AJuFaSo vom 01.11.2018 (Protokoll Nr. 102), TOP 4 -
- VA vom 04.12.2018 (Protokoll Nr. 108), TOP 7.6 -
Vorlage: BV/2018/169
- 4.7. Einziehung des Flurstücks 14/12, Flur 5, Gemarkung Bad Zwischenahn, an der „Turngartenstraße“ (O 884) in Elmendorf 15
- VA vom 13.11.2018 (Protokoll Nr. 105), TOP 7.4 -
Vorlage: BV/2018/197
- 4.8. 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 75 - Innerörtliche Hauptverkehrsstraße - im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a Baugesetzbuch (BauGB) als Bebauungsplan der Innenentwicklung 16
hier: Behandlung des Ergebnisses aus der öffentlichen Auslegung sowie Satzungsbeschluss
- PIEnUm vom 12.11.2018 (Protokoll Nr. 104), TOP 6 -
- VA vom 04.12.2018 (Protokoll Nr. 108), TOP 7.7 -
Vorlage: BV/2018/190
- 4.9. Lärmaktionsplan der Gemeinde Bad Zwischenahn 16
hier: Behandlung des Ergebnisses der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie Beschlussfassung über die Lärmaktionsplanung
- VA vom 11.12.2018 (Protokoll Nr. 109), TOP 7.1 -
Vorlage: BV/2018/227
- 4.10. Zweckvereinbarung mit der Gemeinde Edewecht zur Abwasserbeseitigung 17
- BetriebWaAb vom 27.11.2018 (Protokoll Nr. 107), TOP 4 -
- VA vom 04.12.2018 (Protokoll Nr. 108), TOP 7.8 -
Vorlage: BV/2018/216
- 4.11. 19. Satzung zur Änderung der Satzung der Gemeinde Bad Zwischenahn zur Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht auf die Nutzungsberechtigten der Grundstücke 17
- BetriebWaAb vom 27.11.2018 (Protokoll Nr. 107), TOP 5 -
- VA vom 04.12.2018 (Protokoll Nr. 108), TOP 7.9 -
Vorlage: BV/2018/217
- 4.12. Neukalkulation der Abwasser- und der Niederschlagswasserbeseitigungsgebühr für den Zeitraum 2019 bis 2021 18
- BetriebWaAb vom 27.11.2018 (Protokoll Nr. 107), TOP 6 -

	- VA vom 04.12.2018 (Protokoll Nr. 108), TOP 7.10 - Vorlage: BV/2018/218	
4.13.	9. Satzung zur Änderung der Satzung über Gebühren für die Beseitigung von Abwasser aus Grundstücksentwässerungsanlagen - BetriebWaAb vom 27.11.2018 (Protokoll Nr. 107), TOP 7 - - VA vom 04.12.2018 (Protokoll Nr. 108), TOP 7.11 - Vorlage: BV/2018/219	18
4.14.	Wirtschafts- und Finanzplan der Gemeindewerke Bad Zwischenahn für das Wirtschaftsjahr 2019 - BetriebWaAb vom 27.11.2018 (Protokoll Nr. 107), TOP 8 - - VA vom 04.12.2018 (Protokoll Nr. 107), TOP 7.12 - Vorlage: BV/2018/220	18
4.15.	Bezirksvorsteherin für die Bauerschaft Ohrwege - VA vom 11.12.2018 (Protokoll Nr. 109), TOP 7.2 - Vorlage: BV/2018/228	19
4.16.	Verabschiedung des Fachbereichsleiters Herrn Oeljeschläger	19
5.	Anfragen und Hinweise	20
5.1.	Haushaltsmittel für Kinderspielplätze	20
5.2.	100 Jahre Bad Jubiläum hier: historische Ansichten	20
6.	Einwohnerfragestunde	20
6.1.	Lärmaktionsplan der Gemeinde Bad Zwischenahn	20
6.2.	Ausstattung der Grundschulen	20
6.3.	Uhr am Bahnhofgebäude	21

Nicht öffentlicher Teil

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

RV Finke eröffnet die Sitzung.

Es werden einstimmig festgestellt:

- a) die rechtzeitige Übersendung der Tagesordnung,
- b) die Beschlussfähigkeit,
- c) die Tagesordnung, wie sie zu Beginn des Protokolls aufgeführt ist.

Der TOP 6 Einwohnerfragestunde ist nach TOP 4.3 Haushalt 2019 behandelt worden.

2 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls vom 06.11.2018 (Nr. 103)

Beschluss:

Der öffentliche Teil des Protokolls vom 06.11.2018 (Nr. 103) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 10 -

3 Verwaltungsbericht einschließlich Anregungen und Beschwerden an den Rat

3.1 Sitzungstermine 2019

Die Übersicht mit den Sitzungsterminen für 2019 (VA, Rat, AR BTG und AR KBG ganzjährig, Fachausschüsse teilweise 1. Halbjahr) steht im Ratsinformationssystem zur Verfügung.

In den Sitzungskalender werden die Termine nach der Ratssitzung eingefügt. Für die Öffentlichkeit sind die Sitzungstermine dann im Internet unter "www.bad-zwischenahn.de" (Rathaus & Politik/Politik/Bürgerinfosystem) einsehbar.

- 10 -

3.2 Besuch bei den Bewohnerinnen und Bewohnern in Alten- und Pflegeheimen

In den ersten beiden Wochen im Dezember besuchen die Vertreter der Gemeinde, bestehend aus Seniorenbeirat, Ratsmitgliedern und Vertretern der Verwaltung, die Bewohnerinnen und Bewohner in den sechs Senioren- und Pflegeheimen innerhalb der Gemeinde. Derzeit leben 305 Personen in den Heimen. Der Abschluss der diesjährigen Veranstaltung findet am 13.12.2018 mit dem Besuch bei der Residenz zwischen den Auen statt. Außerdem wurden 27 Personen besucht, die vor ihrer Heimaufnahme in Bad Zwischenahn gewohnt haben und in einem auswärtigen Heim leben.

In vielen Einrichtungen wird ein gemeinsames Treffen mit den Heimbewohnerinnen und Heimbewohnern sowie der Delegation der Gemeinde organisiert. Viele Heimbewohnerinnen und Heimbewohner freuen sich sehr über den Besuch und das kleine Geschenk der Gemeindevertretung. Auch seitens der Pflegeeinrichtungen wird die Heimbereisung positiv

aufgenommen.

Den teilnehmenden Vertretern des Seniorenbeirates, des Rates und den Mitarbeitern der Verwaltung sei an dieser Stelle nochmals herzlich gedankt.

4 Beratung und Beschlussfassung über die Beschlussvorschläge

4.1 Zukünftiger Breitbandausbau im Landkreis Ammerland - WuFT vom 20.11.2018 (Protokoll Nr. 106), TOP 8 - - VA vom 04.12.2018 (Protokoll Nr. 108), TOP 7.3 - Vorlage: BV/2018/212

RM Frau M. Bruns hält in der heutigen Zeit eine gute Breitbandversorgung der Haushalte und der Firmen für so wichtig wie einen Gas-, Wasser- oder Telefonanschluss. Firmen müssten die Möglichkeit haben, ihrem Personal Home-Office-Tätigkeit anzubieten. Es sei deshalb Wettbewerbserfordernis in Gewerbegebieten, schnelle Internetverbindungen vorzuhalten. Der Landkreis Ammerland und die Ammerland-Gemeinden haben einen Kompromiss erarbeitet, dass die Gemeinden für den Breitbandausbau in ihren Gewerbegebieten den Eigenanteil tragen. Dieser errechnet sich aus den anfallenden Kosten abzüglich eines eventuellen Förderbetrages. Darüber hinaus übernimmt die Gemeinde für die Schulen die Kosten, die innerhalb der Gebäude für den Breitbandausbau anfallen. Bis zu den Gebäuden ist der Landkreis für den Ausbau des Breitbandes zuständig. Finanziert werde dies durch die Kreisumlage, die nicht - wie es aufgrund der wirtschaftlichen Bedingungen möglich wäre - reduziert wird.

RM Köster sieht die Telefonkommunikationsunternehmen in der Pflicht, ausreichende Netze zur Verfügung zu stellen. Die Privatisierung der Telekom in der Vergangenheit sehe er als Fehler an. Jetzt sollen die erforderlichen Ausgaben für die Breitbandnetze von der öffentlichen Hand finanziert werden.

Auf die Frage des RM Autenrieb erklärt BM Dr. Schilling, dass die Gewerbegebiete ohne Kostenbeteiligung der Betriebe ausgebaut werden. Die Bundesregierung gehe davon aus, dass nach Abschluss des Bundesförderprogramms alle Haushalte mit Glasfaserkabel versorgt sind. Es bleibe abzuwarten, wie realistisch dieses Ziel sei.

RM Cordes kündigt die Zustimmung der FDP-Fraktion an. Er sehe es als Aufgabe der Gemeinde an, die Gewerbebetriebe mit einer schnellen Internetanbindung zu versorgen.

Beschluss:

1. Die Gemeinde Bad Zwischenahn unterstützt den vom Landkreis Ammerland vorgesehenen Breitbandausbau, indem sie für den Breitbandausbau in ihren Gewerbegebieten den Eigenanteil trägt. Dieser errechnet sich aus den anfallenden Kosten abzüglich eines eventuellen Förderbetrages.
2. Darüber hinaus übernimmt die Gemeinde für die Schulen die Kosten, die innerhalb der Gebäude für den Breitbandausbau anfallen.
3. Zur Deckung des Eigenanteils der Gemeinde wird für das Jahr 2020 zunächst ein

Betrag von 100.000 € in der Finanzplanung berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	32
Nein-Stimmen:	-
Stimmenthaltungen:	2

- 23/80, 61 -

4.2 Erweiterung der DLRG-Station in Rostrup
- KultSportA vom 22.10.2018 (Protokoll Nr. 96) TOP 6 -
- VA vom 13.11.2018 (Protokoll Nr. 105), TOP 7.2 -
Vorlage: BV/2018/174

Die Erweiterung der Unterstellmöglichkeiten bei der DLRG-Station werde grundsätzlich begrüßt, unterstreicht RM Dr. Martin. Ein Dank gehe an die ehrenamtlich Tätigen, die sich im Rettungsdienst auf dem Zwischenahner Meer engagieren. Eine zweckmäßige Unterbringung der Gerätschaften sei erforderlich, es sollten jedoch noch Planungsvarianten geprüft werden.

RM Autenrieb spricht sich für alternative Überlegungen zur Unterbringung der Ausrüstungsgegenstände aus. Die Notwendigkeit einer Erweiterung direkt am DLRG-Gebäude erschließe sich ihm aufgrund der exponierten Lage am Zwischenahner Meer nicht.

RM Schlüter befürwortet eine Erweiterung am bestehenden Standort. Es sei wichtig, dass für den Einsatz alle Gerätschaften an einer Stelle zur Verfügung stehen. Er fragt außerdem an, ob möglicherweise auch Stellfläche für einige Boote der BBS zur Verfügung gestellt werden könne. Die Boote müssten bisher immer erst zum See transportiert werden. Vielleicht könne die Angelegenheit auch mit dem Landkreis erörtert werden.

Die FDP-Fraktion begrüße die Initiative des DLRG, erklärt RM Steinhoff. Die geplanten Kosten von 200.000 € halte er jedoch für zu hoch, Alternativen seien zu prüfen.

RM Dehnert unterstützt die Überlegungen der DLRG, die Gerätschaften an einem Standort vorzuhalten.

Beschluss:

Der Erweiterung der DLRG-Station in Rostrup wird zugestimmt. Entsprechende Fördermöglichkeiten beim Landkreis Ammerland sind zu prüfen. Einsparungspotential und Eigenleistungen des DLRG sind ebenfalls zu prüfen, außerdem unterschiedliche Planungsvarianten zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	33
Nein-Stimmen:	-
Stimmenthaltungen:	1

- 40, 65 -

4.3 Haushalt 2019
a) Haushaltssatzung

b) Stellenplan

c) Investitionsprogramm

- WuFT vom 16.10.2018 (Protokoll Nr. 95), TOP 6 -

- VA vom 13.11.2018 (Protokoll Nr. 105), TOP 7.1 -

- WuFT vom 20.11.2018 (Protokoll Nr. 106), TOP 9 und 10 -

- VA vom 04.12.2018 (Protokoll Nr. 108), TOP 7.1 und 7.4 -

- Vorlagen: BV/2018/199, BV/2018/199/1, BV/2018/155 und BV/2018/213

Stellungnahme Kämmerer

Stellv. FBL Wichelmann berichtet, dass der Haushalt 2019 im WuFT und im VA harmonisch und einvernehmlich beraten wurde. Der Haushalt schließe mit einem Überschuss von rd. 900.000 € ab bei Erträgen von 46,1 Mio. € und Aufwendungen von 45,2 Mio. €. Die Gewerbesteuer sei mit 8 Mio. € vorsichtig veranschlagt worden, die Einnahmen bei der Grundsteuer A und B verzeichnen einen stetigen Aufwärtstrend mit 5 Mio. € und Spitzenwerte seien bei der Einkommensteuer mit 12,6 Mio. € und dem Finanzausgleich mit 7,5 Mio. € zu erwarten.

Bei den Aufwendungen seien die Personalausgaben mit 11,5 Mio. € zu nennen, die Tarifsteigerungen und zusätzlichen Stellen sind eingeplant worden. An den Landkreis zahle die Gemeinde eine Kreisumlage von 10,9 Mio. €, dies sei ebenfalls ein Spitzenwert. Die größten Haushaltspositionen seien in hohem Maße konjunkturabhängig, dies gelte in guten wie in schlechten Zeiten. Der erste Dank gelte daher der guten Konjunktur.

Durch die gute Wirtschaftslage sei die Gemeinde in der Lage, trotz Investitionen in die Infrastruktur, die Schulden weiter abzubauen. Für 2019 seien nur noch Zinszahlungen von 500.000 € eingeplant. Auch 2019 können Investitionen ohne Kreditaufnahme bewältigt werden und der Schuldenstand reduziere sich von ehemals 35 Mio. € auf jetzt 22 Mio. € und bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums auf 16 Mio. €. Den Schuldenabbau habe die Gemeinde durch eine maßvolle Ausgabenpolitik auch selber gestaltet.

Für die Unterhaltung von Gebäuden und Straßen werden insgesamt 10,7 Mio. € aufgenommen, Schwerpunkt in der Finanzplanung seien die Sanierung des Wellenbades und die Sanierung der Wildenlohlinie mit jeweils 6 Mio. €. Für die Schaffung neuer KiTa-Plätze seien im Haushalt 2019 700.000 € vorgesehen, insgesamt zahle die Gemeinde Zuschüsse an die Träger der KiTas in Höhe von 3,9 Mio. €. Eine gute Infrastruktur sei auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. 1,8 Mio. € sehe die Gemeinde für den Ankauf von Wohn- und Gewerbeflächen vor und für die touristische Entwicklung seien für 2020 700.000 € für die Neugestaltung des Kurparks vorgesehen. Abschließend sei festgestellt, dass alle Investitionen ohne Kreditaufnahme getätigt werden können. Insofern sei der Haushalt 2019 uneingeschränkt zufriedenstellend. Diese Situation dürfe aber nicht dazu führen, dass der Konsolidierungseifer nachlasse oder zusätzliche freiwillige Aufgaben eingegangen werden, die man sich in schlechten Zeiten nicht mehr leisten könne.

Stellungnahme der CDU-Fraktion

RM Frau M. Bruns stellt zunächst heraus, die gute Nachricht sei, die Gemeinde könne sich weiter in Höhe des Tilgungsrate entschulden und der Schuldenstand betrage Ende 2019 noch 20 Mio. €. Das Ziel des Haushalts sei somit erreicht. Bedenke man, dass vor 10 Jahren bei einem Schuldenstand von 37 Mio. € ein Haushaltskonsolidierungskonzept verabschiedet werden musste, sei die Entwicklung zunächst einmal sehr gut.

Im Haushaltsjahr 2019 werde die Gemeinde rd. 8 Mio. € investieren können. Die Finanzierung sei mit etwa 2 Mio. € aus Liquiditätsmitteln möglich. Die Gemeinde müsse keine neuen Schulden machen und keine Kredite aufnehmen. Die vorgesehenen Investitionen seien gut und wichtig. Bei den Feuerwehren würden rd. 400.000 € investiert, in KiTas insgesamt

700.000 € und in den Schulbereich mit der Sanierung der Oberschule 1,4 Mio. € - in 2020 nochmals 400.000 €. In den Schulen allgemein soll in 2019 das WLAN-Netz ausgebaut werden, hierfür sei 100.000 € eingeplant. Für den Ankauf von Industrieflächen und Rohbauland seien 950.000 € eingeplant, eine wichtige Investition, um den Wirtschaftsstandort weiterzuentwickeln. Hinzukommen für die Umsetzung von Einzelprojekten Zuschüsse an Unternehmen, die sogenannte KMU-Förderung. Weitere Investitionen für die Wandelhalle und die Erweiterung der DLRG-Station seien vorgesehen. Die Arbeit der DLRG sei sehr wichtig, vielleicht könne jedoch eine kostengünstigere Planung für die Unterbringung der Fahrzeuge und Geräte vorgelegt werden.

Für die Sanierung von Straßen stehen 1,4 Mio. € zur Verfügung, hinzu kommen Mittel für die Erschließung neuer Baugebiete. Im Jubiläumsjahr 2019 seien Mittel für die weitere Sanierung des Kurparks und die Gestaltung des Ortes von rd. 200.000 € vorgesehen. Im nächsten Jahr werden zwei neue halbe Stellen für Ordnungskräfte zur Verfügung gestellt, um den Aufgaben Marktorganisation und Sicherheit und Ordnung gerecht zu werden und eine Vertretung im Krankheits- und Urlaubsfall zu garantieren. Deshalb habe man die Einrichtung von zwei halben Stellen unterstützt. Nach einem Jahr sei dann in 2020 zu prüfen, ob weiterhin der Bedarf bestehe. Um endlich die Rechnungsabschlüsse der vergangenen Jahre vorzulegen, ist das Personal der Kämmerei um eine weitere Kraft aufgestockt worden.

Herausforderung für die nächsten Jahre sei die weitere Sanierung der Straßen und auch das Wellenbad und das Freibad seien in die Jahre gekommen. Zusätzlich stehe die energetische Sanierung der Wandelhalle an und es sei der weitere Ausbau der Internetversorgung für Schulen und Gewerbebetriebe voranzutreiben. Auch wenn sich die Orientierungsdaten verbessern, habe man mit dem Landkreis vereinbart, den Breitbandausbau in den nächsten 4 Jahren einzuplanen und die Kreisumlagen nicht zu senken. Gewerbegebiete, in denen noch kein schnelles Internet vorhanden ist, werden ausgebaut. Sehr ambitioniert sei auch der Verkauf von Gewerbeflächen in Höhe von 2,3 Mio. €. Ein Lob spricht RM Frau M. Bruns den Gemeindewerken für Wasser und Abwasser aus, die mit den drei Betriebszweigen Wasser, Abwasser und Oberflächenentwässerung eine Konzessionsabgabe und Eigenkapitalverzinsung von 460.000 € für die Einnahmeseite der Gemeinde erwirtschaften.

Die CDU-Fraktion werde dem Haushalt zustimmen, stellt RM Frau M. Bruns abschließend fest. Man müsse sich aber gemeinsam anstrengen, dass die Gemeinde sich im nächsten Jahr wieder in Höhe der Tilgungsrate entschulden könne.

Stellungnahme der SPD-Fraktion

Die SPD-Fraktion freue sich über einen finanziell gut ausgestatteten Haushalt 2019, stellt RM Mickelat fest. Mit dieser finanziellen Ausstattung liege ein arbeitsreiches Jahr für den Gemeinderat und die Verwaltung und allen beteiligten Akteuren bevor.

Die Verwaltung sei personell gut aufgestellt und motiviert, aber zur zeitnahen Bewältigung im investiven Bereich fehlen schon heute den ausführenden Firmen die notwendigen tatkräftigen Arbeitskräfte. Kritisch seien die stark gestiegenen Gesamtkosten, insbesondere im Baubereich zu sehen, die die geplanten Maßnahmen hinsichtlich der Ausführung im Jahre 2019 in Frage stellen könnten.

Gegenwärtig herrsche Hochkonjunktur und Vollbeschäftigung und das schon seit mehreren Jahren. Prognosen würden jedoch vor einer Wirtschaftsflaute warnen, merkt RM Mickelat warnend an. Wer heute bei der guten Finanzlage nicht saniere und investiere, Schulden tilge und Zinsen reduziere, werde in Zukunft nicht mehr in der Lage dazu sein. Die SPD-Fraktion sehe in diesem Haushalt eine verantwortungsbewusste Finanzplanung ohne Steuer- und Gebührenerhöhung und ohne Straßenausbau-Kostenbeteiligung der Bürger. Die

Steuerhebesätze bleiben unverändert. Es werde davon ausgegangen, dass sich die verschiedenen Einnahmequellen noch positiv entwickeln. Dabei sei insbesondere an höhere Landeszuweisungen und Nachveranlagungen bei der Gewerbesteuer zu denken. Auch die Kreisumlage bleibe in den nächsten 4 Jahren unverändert. Darauf haben sich die Hauptverwaltungsbeamten einvernehmlich verständigt. Grund hierfür seien die hohen Ausbaukosten der Digitalisierung und Beseitigung der sogenannten Funklöcher auf weißen Flächen des Gemeindegebietes. Für die Gemeinde bleibe die digitale Verbesserung der gewerblich genutzten Flächen und der Schulbereiche. Hier warte man auf eine Einigung der Länder mit dem Bund zur Mitfinanzierung im Digitalpakt.

All das, was in der Gemeinde Bad Zwischenahn Geld koste, sei im Ergebnishaushalt dargestellt und erreiche die Gesamtsumme von 45,3 Mio €, ausgeglichen in Einnahme und Ausgabe, saldiert mit einem Überschuss von 880.000 €, der auch zur Finanzierung der Investitionen in Höhe von rund 8 Mio. benötigt werde.

Er geht dann im weiteren Vortrag auf einige Maßnahmen ein: Die Förderung der Tagesmütter mit 50.000 € und für neue Kita-Plätze in Aschhausen, Ofen, Vierkandthof und Sternemoos stehen 800.000 € für neue Kita-Plätze zur Verfügung. Die Prognosen vergangener Jahre seien längst überholt. Viele junge Neubürger, zunehmende Ansprüche und wohl auch die Gebührenfreiheit verlangten mehr Kitaplätze. Nicht nur die Investitionen seien zu veranschlagen, sondern auch auf fast 4 Mio. € gestiegene Betriebskosten. Die vom Land beschlossene Übernahme der Kitabeiträge sei nicht kostendeckend, hinzu kommen zusätzliche Springerkosten und Rückstellungen für Investitionen. Nach Berechnungen der Träger seien 30 % höhere Zuwendungen zu erwarten. Angekündigte Veränderungen der Trägerschaft sollen professionellere Leistungen ermöglichen, hierüber sei noch im Detail in den Gremien zu beraten. Für die zusätzliche Jugendarbeit stehen 20.000 € zur Verfügung, die SPD-Fraktion werde Projekte und Ideen tatkräftig unterstützen.

Bei der Gesamtbeurteilung des Haushalts stehe der Schuletat ganz vorne. Die Budgetierung gebe den Schulen einen selbstverwalteten Gestaltungsspielraum und dieser habe sich bewährt. Die Medienentwicklung in den Schulen sei gegenwärtig ein spannender fortlaufender Veränderungsprozess mit Verbesserung der Internetleistung, der medialen Ausstattung und Systembetreuung. Abgestimmte Medienpläne seien vorzulegen. Das Gesamtkonzept zur Sanierung der Schulen in unserer Gemeinde komme mit 1,4 Mio. für die Oberschule zum Abschluss. In den letzten 10 Jahren sei die Sanierung der Schulen konsequent umgesetzt worden.

Ein weiterer finanzieller Schwerpunkt seien die Investitionen für den Tiefbau von fast 5 Mio. €. Entfallen müsse leider die Sanierung der Zwillingsbrücken im Kurpark. Sie wurde wegen des Jubiläums auf 2020 zurückgestellt. Für die Umgestaltung der Ortsdurchfahrt in Petersfehn seien Planungskosten von 40.000 € in den Haushalt aufgenommen worden.

Kostengünstige Bauplätze, bezahlbarer Wohnraum, Barrierefreiheit und Inklusion, betreutes Wohnen, neue Gewerbegebiete – all dies seien Herausforderungen aufgrund demografischer und wirtschaftlicher Veränderungen. Bei der Ausweisung neuer Baugebiete sei zu bedenken, was und wo in Zukunft die Landschaft verändern soll. Vom Landkreis sei ein Wohnraumbedarfskonzept zur Verfügung gestellt worden. Nach Auffassung der SPD-Fraktion sei es sinnvoll, dieses gemeinsam zu prüfen und umzusetzen. Man setze sich insgesamt für eine bedarfsgerechte Erschließung ein und werde auch eine verdichtete Bebauung unterstützen, allerdings dürfe die Struktur eines Dorfes nicht völlig auf den Kopf gestellt werden. Konzeptionell stünden weitere Themen für 2019 zur Beratung an, wie ein Verkehrskonzept einschließlich Parken, Stadion-Nutzungs-Konzept, die Verbesserung der Wassergüte des Zwischenahner Meeres mit sich daraus ggf. zu veranschlagenden Kosten.

Die SPD-Fraktion sehe in dem Haushalt eine bedarfsgerechte Beordnung der geplanten Einnahmen und Ausgaben, ohne Schulden zu machen. Die Gemeinde investiere in die

Zukunft, solide und verantwortungsbewusst nach sorgfältiger Vorlage der Verwaltung und fachkundiger Beratung in den Ausschüssen. Der Haushalt 2019 mit dem Investitionsplan stelle die Weichen nicht nur bis 2019, sondern darüber hinaus mit der Finanzplanung bis 2022.

Damit 2019 ein tolles Jubiläumsjahr werde, seien auch hierfür angemessene finanzielle Mittel bereitgestellt worden und auch die Töchter KBG und BTG hätten ideenreich mit guten Projekten vorgesorgt.

Die SPD-Fraktion werde dem vorgelegten Haushalt 2019 zustimmen, stellt RM Mickelat abschließend fest.

Stellungnahme der Fraktion GRÜNE

Die Fraktion sei sehr erfreut darüber, erklärt RM Schlüter, dass der Haushalt 2019 Investitionen ermögliche, ohne neue Schulden vorzusehen. Konzeptionell sei über die Verkehrssituation im Ort zu beraten. Die Belastung für die Bürger im Ort und an der Oldenburger Straße sei sehr groß, insbesondere an Wochenenden. Auch Petersfehn sei durch den Verkehr stark belastet, für die Umgestaltung der Ortsdurchfahrt deshalb Planungskosten im Haushalt 2019 aufgenommen worden. Der Kreis beabsichtige, die Verschleißdecke neu aufzubringen, insofern seien die möglichen Gestaltungsmaßnahmen einvernehmlich mit dem Landkreis abzustimmen. Im Bereich Wohnungsbau werde die Gemeinde weiterhin bedarfsgerecht planen, die Belange der Natur seien zu berücksichtigen. Eine Interessenabwägung sei erforderlich, insofern die Entwicklung der Innenverdichtung und eine Mehrfamilienhausbebauung ökologisch sinnvoll. Das Zwischenahner Meer sei wichtig für den Tourismus in Bad Zwischenahn, die Verbesserung der Wasserqualität daher ein dringendes Erfordernis. Eine Machbarkeitsstudie liege jetzt vor und der Arbeitskreis Zwischenahner Meer sollte über die Situation und mögliche Maßnahmen von Gemeinde und Land beraten. Auch das Land Niedersachsen habe die Problematik erkannt und stelle zumindest 25.000 € für Messungen zur Verfügung.

Investitionen in die Schulen und Bäder seien trotz angespannter Haushaltslage für 2019 eingeplant. Der Abschluss der Sanierung der Oberschule sei positiv, die Sanierung des Wellenbades stehe ebenfalls an. Für den Erhalt der Verkehrssicherheit stehen Mittel für die Sanierung von Straßen zur Verfügung.

RM Schlüter verweist auf den Antrag, für die attraktivere Gestaltung der Kinderspielplätze 20.000 € zusätzlich in den Haushalt 2019 aufzunehmen. Dieser Betrag sei noch nicht im Haushalt enthalten.

Zusammenfassend könne festgestellt werden, dass der Haushalt 2019 sehr positiv sei, es werde in die Infrastruktur investiert, ohne neue Schulden zu machen.

Stellungnahme der Fraktion Die Zwischenahner

RM Dehnert führt aus, die Haushaltsrede werde auch genutzt, um aus Sicht der Fraktion die derzeitige Situation der Gemeinde und die perspektivische Entwicklung einzuschätzen. Die Fraktionsmitglieder verfolgen weiterhin die eingebrachten Themen zum Verkehrskonzept, Bäderkonzept und zum Stadion. Wichtig seien der sparsame Umgang mit Steuergeldern und eine solide Haushaltsführung. Nicht zufrieden sei man mit dem Stand der Aufholung der Jahresabschlüsse. Hier müsse in 2019 wesentlich mehr passieren, zusätzliches Personal sei der Verwaltung hierfür bereitgestellt worden. Für die Fraktion sei außerdem wichtig, dass keine Straßenausbaubeitragsatzung erlassen werde.

Wichtiges Thema in den vergangenen Jahren sei die Sanierung der Straßen gewesen. Jährlich konnten 1 Mio. € zur Verfügung gestellt werden. Wenn es die Haushaltslage zulas-

se, sehe die Fraktion auch die Möglichkeit, hierfür noch mehr Geld einzuplanen. Wichtige Investitionen können im Bereich Schulen und KiTas getätigt werden. Die Beratung eines Verkehrskonzeptes sei noch ziemlich am Anfang. Ziel der Fraktion sei es, alle Betroffenen, wie Polizei, Einzelhändler, Bürger und Verbände, in die Überlegungen einzubinden.

Ein schwieriges Thema sei das Wellenbad. Die Gemeinde halte drei Bäder vor und müsse diese instandsetzen. Es stelle sich die Frage, ob es vertretbar und sinnvoll sei, in ein 40 Jahre altes Bad 5,4 Mio. € zu investieren. Vielleicht werde die Fläche auch für eine zukünftige Entwicklung der KBG benötigt. Die Fraktion schlage deshalb vor, nur noch Reparaturen vorzusehen, um den Betrieb zu gewährleisten und auch die Investitionen im Badepark zu verschieben und die Planung eines Allwetter- bzw. Kombibades zu beraten. Die Zukunft des Stadions sollte ergebnisoffen und ernsthaft diskutiert werden, um eine Mehrheitslösung zu finden. Wichtig sei bei Investitionen eine Wirtschaftlichkeitsberechnung, es müssen tragfähige Nutzungskonzepte vorgelegt werden. Grundsätzlich sind alle Ausgaben im Vorfeld sorgfältig zu prüfen, ob sie sinnvoll und notwendig sind.

Die Fraktion werde dem Haushalt 2019 zustimmen, erklärt RM Dehnert abschließend.

Stellungnahme der FDP-Fraktion

Vieles sei schon von den Vorrednern gesagt worden, merkt RM Steinhoff zunächst an. Das Jahr 2018 sei sehr erfolgreich gewesen. Die Einnahmesituation habe sich aufgrund der steigenden Steuereinnahmen positiv entwickelt und Investitionen konnten ohne Kredite getätigt werden. Bis 2020 seien nach dem jetzigen Planungsstand keine Kredite erforderlich. Die Aufholung der Jahresabschlüsse sei für die Verwaltung ein vordringliches Ziel. Erfreulich seien die Investitionen im Bereich KiTas, Schulen und Straßen. Konzepte für den Bereich Verkehr, Bäder oder Stadion stehen in 2019 zur Beratung an. Die gute wirtschaftliche Situation bringe erfreuliche Einnahmen für die Gemeinde, hierin liege aber auch das Risiko, wenn sich die Konjunktur abschwäche. In 2019 feiere Bad Zwischenahn 100 Jahre Bad. Für die Bearbeitung von Ordnungsangelegenheiten stehen auf Antrag der FDP-Fraktion zwei zusätzliche Stellen zur Verfügung.

Stellungnahme der Fraktion ÖDP/Die Linke

RM Autenrieb unterstreicht die Ausführungen seiner Vorredner und kündigt die Zustimmung der Fraktion zum Haushalt 2019 an.

Stellungnahme BM Dr. Schilling

Zur Situation und Ausstattung der Kinderspielplätze erklärt BM Dr. Schilling, dass in alle Spielplätze regelmäßig investiert werde. Für die Anlagen bei der DLRG und in Elmendorf seien neue Geräte bestellt, aber noch nicht geliefert worden. Die Kinderspielplätze werden regelmäßig vom Baubetriebshof auf Verkehrssicherheit überprüft. Die Thematik werde auf Antrag der Fraktion GRÜNE in den Gremien beraten, man könne vorab auch eine Spielplatzbereisung durchführen.

Zu den Ausführungen des RM Dehnert zur Straßenausbaubeitragssatzung merkt BM Dr. Schilling an, dass es keine entsprechende Satzung gebe. Die Satzung sei bereits vor Jahren aufgehoben worden. Es sei nicht beabsichtigt, Straßenausbaubeiträge von Bürgern einzufordern.

Bezüglich eines Schlechtwetterangebotes weist er darauf hin, dass die Hotels und Ferienwohnungen auch über den Winter gut gebucht seien. Es bestehe eher das Problem, dass kein ausreichendes Personal für Hotels und Gastronomie zur Verfügung stehe.

Von den Vorrednern sei auf die gute wirtschaftliche Konjunktur und die positive Einnahmesituation für die Gemeinde hingewiesen worden. Man müsse allerdings auch berücksichti-

gen, dass sich diese Situation irgendwann wieder ändern werde. Er freue sich zunächst aber über die Haushaltsplanung 2019 und die einvernehmlichen Beratungen.

Allgemeine Aussprache

Für den Schulbereich sei es sehr wichtig, dass im Haushalt 2019 250.000 € für die mediale Ausstattung der Schulen zur Verfügung gestellt werden können, führt RM Cordes aus. In Arbeit sei ein Medienkonzept und er hoffe auf die Entscheidung auf Bundesebene zum Digitalpakt. Das Thema Geld spiele eigentlich in jeder Gremien-Sitzung eine Rolle. Den Tagesmüttern könne eine zusätzliche Förderung von 50.000 € zur Verfügung gestellt werden. Für die Einnahmesituation sei eine funktionierende Wirtschaft Voraussetzung. Die Betriebe müssten dafür eine gute Internetverbindung nutzen können.

Bei Gewerbeansiedlungen sei sehr stark auf Qualität zu achten, erklärt RM Köster. Zur Ausstattung der Kinderspielplätze hält er eine fantasievollere Gestaltung für erforderlich. Die Angelegenheit sollte deshalb im Ausschuss für Jugend, Familie und Soziales und nicht im Straßen- und Verkehrsausschuss beraten werden. Die Ausweisung von zusätzlichen Stellen für den Ordnungsbereich halte er nach wie vor nicht für erforderlich.

Aus diesem Grund werde auch er nicht zustimmen, teilt RM Dr. Burmeister mit. Zusätzliche Stellen für Ordnungsaufgaben sollten nicht eingerichtet werden. In Bad Zwischenahn herrsche kein Chaos. Er frage sich auch, wie der Einsatz der Ordnungskräfte nach einem Jahr beurteilt werden solle. Das bisherige Verfahren, bei Ordnungsmaßnahmen zunächst die freundliche Ansprache zu wählen, halte er für sinnvoller.

Beschluss:

Der Haushalt inklusive Haushaltssatzung 2019 und Stellenplan sowie das Investitionsprogramm 2019 bis 2022 werden in der beratenden Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	30
Nein-Stimmen:	1
Stimmenthaltungen:	3

4.4 Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen - VA vom 04.12.2018 (Protokoll Nr. 108), TOP 7.5 - **Vorlage: BV/2018/226/1** **Vorlage: BV/2018/226**

Zum Umfang der Sanierung der Richtmoorstraße merkt RM Autenrieb an, dass ursächlich für den Zustand der Straße seiner Meinung nach die großen landwirtschaftlichen Fahrzeuge verantwortlich seien. Er schlage vor, eine Tonnenbegrenzung vorzusehen.

RM Wassink weist darauf hin, dass der Landkreis Freigaben für gewichtsbeschränkte Straßen erteilen müsse. Man könne nichts dagegen tun, dass landwirtschaftliche Fahrzeuge Straßen nutzen.

Beschluss:

1. Für die Busumfahrt bei der Grundschule Rostrup (Konto 21.1.10.06.421200) werden 25.000 € überplanmäßig zur Verfügung gestellt. Als Deckung stehen Fördermittel für diese Maßnahme in Höhe von 10.000 € und Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer zur Verfügung.
2. Im Haushalt 2018 werden folgende Verpflichtungsermächtigungen außerplanmäßig zur Verfügung gestellt:
 - 450.000 € für die Sanierung der Richtmoorstraße (Konto 54.1.10.01/3060.787200)
 - 600.000 € für die allgemeine Straßensanierung (Konto 54.1.10.01/3027.787200)
 - 33.000 € für Erneuerung Bänke Ortsdurchfahrt (Konto 54.1.10.01/3189.783110)
 - 75.000 € für Erneuerung Bänke Kurpark (Konto 55.1.10.01/3197.783110)
 - 22.000 € für Kurpark Lesegarten (Konto 55.1.10.01/3199.787200)
 - 20.000 € für Kurpark Brunnenanlage (Konto 55.1.10.01/3200.787200)
 - 16.000 € für Übersichtspläne Kurpark (Konto 55.1.10.01/3201.783110).

Die Finanzierung der außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen ist im Haushalt 2019 sichergestellt.

3. Die Verpflichtungsermächtigung bei der Maßnahme 54.1.10.06/3156.787200 - Erschließung Gewerbegebiet Petersfehn - wird überplanmäßig um 170.000 € auf 400.000 € erhöht. Die Deckung ist über den Gesamthaushalt für 2020 gegeben.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	31
Nein-Stimmen:	2
Stimmenthaltungen:	-

- 20 -

- 4.5 Erhöhung der Aufwandsentschädigungen für Funktionsträger der Feuerwehren; Änderung der Satzung über die Entschädigung für Ehrenbeamte/-beamtinnen und sonstige ehrenamtlich tätige Funktionsträger/-innen der Freiwilligen Feuerwehren der Gemeinde Bad Zwischenahn**
- AFeuer vom 25.10.2018 (Protokoll Nr. 99), TOP 5 -
- VA vom 13.11.2018 (Protokoll Nr. 105), TOP 7.3 -
Vorlage: BV/2018/162

Beschluss:

Die Satzung zur Änderung über die Entschädigung für Ehrenbeamte/-beamtinnen und sonstige ehrenamtlich tätige Funktionsträger/-innen der Freiwilligen Feuerwehren der Gemeinde Bad Zwischenahn wird mit Wirkung zum 01.01.2019 in der vom Ausschuss für das Feuerlöschwesen beratenen Fassung (zusätzliche Änderung: Gemeindebrandmeister je Ortsfeuerwehr von 6,00 € auf 7,50 € und Pauschale je Ortsfeuerwehr von 10,00 € auf 12,50 € erhöht) beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 10, 32 -

- 4.6 Errichtung einer Kinderkrippe beim Waldkindergarten Sternenmoos**
hier: Investitionszuschuss

- AJuFaSo vom 01.11.2018 (Protokoll Nr. 102), TOP 4 -
- VA vom 04.12.2018 (Protokoll Nr. 108), TOP 7.6 -
Vorlage: BV/2018/169

RM Frau Schwengels begrüßt die Initiative des Vereins und die Regelung, dass Eltern in der Gemeinde Bad Zwischenahn wohnen müssen. Der CDU-Fraktion sei es auch wichtig, dass ein langfristiger Pachtvertrag über 25 Jahre abgeschlossen werde.

Beschluss:

Der Elterninitiative Zwergenland e. V. wird für den Bau von zehn Krippenplätzen ein Zuschuss in Höhe von 80.000,00 € gewährt, unter der Voraussetzung, dass die Gesamtfinanzierung sichergestellt ist.

Die RAT-Mittel und die Gemeindemittel werden unter der Voraussetzung an den Verein weitergegeben, dass ein Pachtvertrag mit einer Laufzeit von 25 Jahren vorliegt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 40 -

4.7 Einziehung des Flurstücks 14/12, Flur 5, Gemarkung Bad Zwischenahn, an der „Turngartenstraße“ (O 884) in Elmendorf
- VA vom 13.11.2018 (Protokoll Nr. 105), TOP 7.4 -
Vorlage: BV/2018/197

Beschluss:

Als Ortsstraße (O) wird eingezogen und als solche aus dem Bestandsverzeichnis für Gemeindestraßen und die sonstigen Straßen **mit sofortiger Wirkung** ausgetragen:

<u>Straßenname</u>	<u>Straßenart/-nummer</u>	
Einziehung Flurstück 14/12, Flur 5, Gemarkung Bad Zwischenahn „Turngartenstraße“	O	884

Die Einziehung, die in der Anlage zur Beschlussvorlage hellblau umrandet dargestellt ist, erstreckt sich auf das Flurstück 14/12 der Flur 5, Gemarkung Bad Zwischenahn, zur Größe von 45 m².

Anfangspunkt: Stiller Bogen (K 346)
Endpunkt: südlicher Grenzpunkt des Flurstücks 14/12, Flur 5,
Gemarkung Bad Zwischenahn
Gesamtlänge: ca. 16 m

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 61 -

4.8 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 75 - Innerörtliche Hauptverkehrsstraße - im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a Baugesetzbuch (BauGB) als Bebauungsplan

der Innenentwicklung

hier: Behandlung des Ergebnisses aus der öffentlichen Auslegung sowie Satzungs-
beschluss

- PIEnUm vom 12.11.2018 (Protokoll Nr. 104), TOP 6 -

- VA vom 04.12.2018 (Protokoll Nr. 108), TOP 7.7 -

Vorlage: BV/2018/190

Beschluss:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung der 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 75 - Innerörtliche Hauptverkehrsstraße - sowie der dazugehörigen Begründung vorgetragene Anregungen werden entsprechend den Abwägungsvorschlägen der Verwaltung behandelt.
2. Die 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 75 - Innerörtliche Hauptverkehrsstraße - mit der dazugehörigen Begründung wird als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 61 -

4.9 Lärmaktionsplan der Gemeinde Bad Zwischenahn

hier: Behandlung des Ergebnisses der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie Beschlussfassung über die Lärmaktionsplanung

- VA vom 11.12.2018 (Protokoll Nr. 109), TOP 7.1 -

Vorlage: BV/2018/227

RM Dr. Burmeister erläutert, dass die Gemeinde den Lärmaktionsplan aufgrund einer EU-Richtlinie verabschieden müsse. Der Lärmfaktor sei und werde schon bei Planungen berücksichtigt (z. B. leiserer Straßenbelag). Ziel müsse jedoch sein, den öffentlichen Personennahverkehr zu stärken, damit die Fahrzeugbelastung abnehme.

RM Autenrieb hätte sich im Vorverfahren neben dem Aushang der Planungen im Rathaus auch die Durchführung einer Informationsveranstaltung gewünscht.

RM Dr. Martin sieht in dem Lärmaktionsplan zunächst einmal ein Bürokratiemonster der EU. Die Lärmwerte in den deutschen Richtlinien seien niedriger als die in der EU-Umgebungslärmrichtlinie. Die Gemeinde berücksichtige die Lärmproblematik bei ihren Planungen. Hinweise der Bürgerinnen und Bürger hätten z. B. dazu geführt, dass die Pflasterungen im Einmündungsbereich der Georgstraße oder der Bahnhofstraße entfernt wurden.

RM Frau Imkeit erklärt, sie könne sich dem Vorredner anschließen. Lärmprobleme werden beseitigt, soweit es im Zuständigkeitsbereich der Gemeinde liege.

Beschluss:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Lärmaktionsplanes (Stufe 3) zum Entwurf vorgetragene Anregungen werden entsprechend den Abwägungsvorschlägen der Verwaltung behandelt.
2. Der Lärmaktionsplan (Stufe 3) wird beschlossen.

3. Die Öffentlichkeit ist über die getroffenen Entscheidungen zu unterrichten.
4. Der Lärmaktionsplan wird gemäß § 47 d Abs. 5 des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG) bei bedeutsamen Entwicklungen für die Lärmsituation, ansonsten jedoch alle fünf Jahre nach dem Zeitpunkt seiner Aufstellung überprüft und erforderlichenfalls überarbeitet.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	31
Nein-Stimmen:	-
Stimmenthaltungen:	1

- 61 -

**4.10 Zweckvereinbarung mit der Gemeinde Edewecht zur Abwasserbeseitigung
- BetriebWaAb vom 27.11.2018 (Protokoll Nr. 107), TOP 4 -
- VA vom 04.12.2018 (Protokoll Nr. 108), TOP 7.8 -
Vorlage: BV/2018/216**

Beschluss:

Der Rat der Gemeinde stimmt dem Abschluss einer Zweckvereinbarung zur Abwasserbeseitigung zwischen den Gemeinden Edewecht und Bad Zwischenahn in der vorgelegten Fassung zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 81 -

**4.11 19. Satzung zur Änderung der Satzung der Gemeinde Bad Zwischenahn zur Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht auf die Nutzungsberechtigten der Grundstücke
- BetriebWaAb vom 27.11.2018 (Protokoll Nr. 107), TOP 5 -
- VA vom 04.12.2018 (Protokoll Nr. 108), TOP 7.9 -
Vorlage: BV/2018/217**

Beschluss:

Der Rat der Gemeinde beschließt die als Anlage zur Beschlussvorlage beigefügte 19. Satzung zur Änderung der Satzung nach § 96 des Niedersächsischen Wassergesetzes zur Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 81 -

4.12 Neukalkulation der Abwasser- und der Niederschlagswasserbeseitigungsgebühr für den Zeitraum 2019 bis 2021

- BetriebWaAb vom 27.11.2018 (Protokoll Nr. 107), TOP 6 -
- VA vom 04.12.2018 (Protokoll Nr. 108), TOP 7.10 -
Vorlage: BV/2018/218

Beschluss:

Der Rat der Gemeinde setzt eine Abwassergebühr von 2,00 € je m³ Abwasser und eine Niederschlagswasserbeseitigungsgebühr von 0,28 € je m² gebührenrelevanter Fläche für die Jahre 2019 bis 2021 fest.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 81 -

4.13 9. Satzung zur Änderung der Satzung über Gebühren für die Beseitigung von Abwasser aus Grundstücksentwässerungsanlagen
- BetriebWaAb vom 27.11.2018 (Protokoll Nr. 107), TOP 7 -
- VA vom 04.12.2018 (Protokoll Nr. 108), TOP 7.11 -
Vorlage: BV/2018/219

Beschluss:

Der Rat der Gemeinde beschließt die der Beschlussvorlage als Anlage beigefügte 9. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für Grundstücksentwässerungsanlagen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 81 -

4.14 Wirtschafts- und Finanzplan der Gemeindewerke Bad Zwischenahn für das Wirtschaftsjahr 2019
- BetriebWaAb vom 27.11.2018 (Protokoll Nr. 107), TOP 8 -
- VA vom 04.12.2018 (Protokoll Nr. 107), TOP 7.12 -
Vorlage: BV/2018/220

RM Schlüter unterstreicht die Wirtschaftlichkeit und die Qualität des Eigenbetriebes. Er regt an, die anstehenden Sanierungsmaßnahmen künftig konkret zu benennen. Die Überschüsse aus dem Bereich Niederschlagswasser sollten teilweise für die Sanierung der Regenrückhaltebecken verwendet werden. Der Fachausschuss sollte die Thematik beraten.

Beschluss:

Der Rat der Gemeinde beschließt, den der Beschlussvorlage als Anlage beigefügten Wirtschaftsplan der Gemeindewerke Bad Zwischenahn für Wasser und Abwasser für das Wirtschaftsjahr 2019 anzunehmen, und zwar

1. im Erfolgsplan
 - a) mit Erträgen in Höhe von insgesamt 5.500.200,00 €
 - b) mit Aufwendungen in Höhe von insgesamt 5.127.100,00 €
 - c) und mit einem Jahresgewinn in Höhe von insgesamt 373.100,00 €

2. im Vermögensplan
mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von insgesamt 1.371.000,00 €
3. Die Aufnahme eines Darlehens ist im Wirtschaftsjahr 2019 nicht vorgesehen.
4. Der Finanzplan der Gemeindewerke Bad Zwischenahn für Wasser und Abwasser für die Wirtschaftsjahre 2018 bis 2022 (bestehend aus den Teilfinanzplänen der Betriebszweige Wasserversorgung, Schmutzwasserbeseitigung und Niederschlagswasserbeseitigung) wird zur Kenntnis genommen.
5. Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben wird auf 500.000,00 € festgesetzt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 81 -

**4.15 Bezirksvorsteherin für die Bauerschaft Ohrwege
- VA vom 11.12.2018 (Protokoll Nr. 109), TOP 7.2 -
Vorlage: BV/2018/228**

Beschluss:

Der Rat der Gemeinde benennt Frau Beate Lüttmann, Jägerskamp 9, Ohrwege, zur Bezirksvorsteherin der Bauerschaft Ohrwege.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 10 -

4.16 Verabschiedung des Fachbereichsleiters Herrn Oeljeschläger

Ratsvorsitzender Finke begrüßt den Leiter des Fachbereichs Zentrale Verwaltung und allgemeinen Vertreter des Bürgermeisters, Herrn Oeljeschläger. Herr Oeljeschläger geht zum 31.12.2018 in den Ruhestand.

BM Dr. Schilling würdigt das Wirken von Herrn Oeljeschläger im Rahmen seiner 26-jährigen Tätigkeit bei der Gemeinde Bad Zwischenahn. Im Rahmen der vielfältigen Aufgaben galt sein besonderes Interesse der Wirtschaftsförderung und der damit verbundenen Ausweisung von Industrie- und Gewerbeflächen. Herr Oeljeschläger habe maßgeblich an der Entwicklung der Gemeinde mitgewirkt und werde zum Jahresende, nach insgesamt 46 aktiven Jahren in der Öffentlichen Verwaltung, in den Ruhestand gehen.

Es schließen sich dann Wortbeiträge der Fraktionsvertreter an, die Herrn Oeljeschläger für die langjährige und vertrauensvolle Zusammenarbeit danken.

- 10, 11 -

5 Anfragen und Hinweise

5.1 Haushaltsmittel für Kinderspielplätze

Auf die Frage des RM Köster nach dem weiteren Verfahren für den Antrag von Herrn Schlüter, 20.000 € zusätzlich für Kinderspielplätze aufzunehmen, erklärt BM Dr. Schilling, dass der Antrag im nächsten AJuFaSo beraten werde.

- 40 -

5.2 100 Jahre Bad Jubiläum hier: historische Ansichten

RM Dr. Burmeister erinnert an seine Anregung, im Rahmen des Jubiläums Hinweisschilder zu historischen Gebäuden im Ort aufzustellen und erkundigt sich nach dem Stand der Angelegenheit.

Anmerkung:

Die Anregung in der Ratssitzung am 04.04.2017 (Protokoll Nr. 26), TOP 10.4, ist im August 2017 in der Lenkungsgruppe zur Organisation des Bad-Jubiläums beraten worden. Aufgrund der vielfältigen geplanten Aktionen ist diese Anregung nicht weiter aufgegriffen worden.

- 13 -

6 Einwohnerfragestunde

6.1 Lärmaktionsplan der Gemeinde Bad Zwischenahn

Ein Bürger kritisiert das Verfahren für den Lärmaktionsplan. Die Angelegenheit sei nicht im Fachausschuss öffentlich beraten worden und das Verfahren zur Beteiligung der Öffentlichkeit im Rahmen einer amtlichen Bekanntmachung angekündigt worden. Der Lärmaktionsplan beinhalte keine Aussage zum Bahnlärm und im Plan seien keine „ruhigen Gebiete“ ausgewiesen worden.

Die Auslegung des Planes sei ordnungsgemäß durchgeführt worden und habe im Rathaus öffentlich zur Einsicht ausgelegen, weist FBL Meyer hin. Für die Lärmaktionsplanung an Schienenwegen sei das Eisenbahnbundesamt verantwortlich. Ein Lärmaktionsplan sei von dort aber nicht erstellt worden, weil das Auslösekriterium von 30.000 Zugbewegungen im Jahr nicht erreicht worden sei. Die Ausweisung von „ruhigen Gebieten“ sei insbesondere für Großstädte von Bedeutung. Ruhige Gebiete gebe es in der Gemeinde Bad Zwischenahn ausreichend, eine formelle Ausweisung sei nicht nötig. Grundsätzlich sei festzustellen, dass die TA Lärm bereits engere Vorgaben mache als die EU-Vorschriften, die Grundlage für den Lärmaktionsplan sind.

- 61 -

6.2 Ausstattung der Grundschulen

Ein Bürger weist auf die seiner Meinung nach unzureichende Ausstattung in Grundschulen hin, diese sollten auch bei der Mittelbewirtschaftung und Sanierung berücksichtigt werden. In der Grundschule Am Wiesengrund sei z. B. kein Kochunterricht möglich.

FBL Fischer entgegnet, dass alle Schulen einheitlich ausgestattet und behandelt werden. Den Schulen werde außerdem ein eigenes Budget zur Verfügung gestellt, das eigenver-

antwortlich bewirtschaftet werden könne. In den vergangenen Jahren sei in die Grundschulen investiert worden, im nächsten Jahr in die Sanierung der Oberschule. Zurzeit werde ein Medienkonzept erarbeitet, bei dem auch die Grundschulen berücksichtigt sind.

Entsprechend äußert sich auch BM Dr. Schilling. Die Grundschulen seien hervorragend ausgestattet. Es werde in die Ausstattung (z. B. Akustikraum-Programm) und auch die Außenanlagen (z. B. Kinderspielplätze) investiert.

- 40 -

6.3 Uhr am Bahnhofgebäude

Auf die Frage eines Bürgers antwortet FBL Meyer, dass der Gebäudeeigentümer eine neue Uhr installieren werde.

- 66 -

Nicht öffentlicher Teil

RV Finke schließt die Sitzung und wünscht allen Sitzungsteilnehmern und den Familien ein schönes Weihnachtsfest und alles Gute für das Jahr 2019.

Dr. Arno Schilling
Bürgermeister

Jochen Finke
Ratsvorsitzender

Heidi Schüll
Protokoll

Veröffentlicht: Hauptamt